

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Herbert Schmalstieg zu den Auswirkungen der Steuerreform auf die Kommunen: Eine weitere fatale Verschlechterung.

Seite 1

Heidmarie Wieczorek-Zeul MdB zum Ergebnis des Brüsseler Gipfeltreffens: Wichtige EG-Entscheidungen vertagt.

Seite 3

Karl-Heinz Hiersemann MdL zur frühkapitalistischen Tönnis eines bayerischen Staatssekretärs: Das soziale Sicherungssystem diffamiert.

Seite 4

Dr. Ulrich Böhme MdB zum Risiko, die Gentechnologie zu mißbrauchen: Geklonnte, hirnlose Kämpfe in der ersten Front...

Seite 5

42. Jahrgang / 121

1. Juli 1987

Eine weitere fatale Verschlechterung

Zu den Auswirkungen der Steuerreform auf die Kommunen

Von Herbert Schmalstieg  
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Die Städte haben in den vergangenen Jahren bis an die Grenze des Vertretbaren versucht, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen. Das nannte man Konsolidierung. Jetzt müssen die Städte erneut feststellen, daß die Finanzierungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden der Bundesrepublik wieder beängstigende Formen annehmen. Ausschlaggebend hierfür sind mehrere Gründe.

Das, was bis zum 25. Januar 1987 galt, gilt nicht mehr. Es gibt keinen wirtschaftlichen Aufschwung, es gibt zum Teil verheerende Einbrüche bei den Gewerbesteuerzahlungen. Ein weiterer Grund ist, daß im Rahmen der ersten Stufe der Steuerreform der Zuwachs der Einnahmen in den Kommunen deutlich geringer ausgefallen ist. Hinzu kommen die sich stets vergrößernden Verpflichtungen der Städte und Gemeinden, insbesondere bei den überproportional gestiegenen Sozialausgaben, während sich die Leistungen der Bundesländer für ihre Städte und Gemeinden weiter verschlechtern.

Die nun zu erwartenden finanziellen Auswirkungen der steuerpolitischen Beschlüsse des Bundestages auf die städtischen Finanzen sind katastrophal. Das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988, mit dem ein Teil der geplanten Steuerentlastungen im Volumen von 5,2 Milliarden DM. Hinzu kommen mittelbare Zuweisungsverluste im Steuerverbund der kommunalen Finanzausgleiche in den Flächenländern von rund 420 Millionen DM.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Konkurrenzlos  
im europäischen Rechtsraum  
Bonn-Heppner



Die kommunalen Steuer- und Zuweisungsverluste allein im Entstehungsjahr 1988 summieren sich damit auf rund 1,25 Milliarden DM. Dieser Betrag steigert sich dann noch bis 1990. Das Gesamtpaket der Steuerentlastungen von 44,4 Milliarden DM wird in den Städten und Gemeinden zu unmittelbaren Steuerausfällen von 6,4 Milliarden DM sowie mittelbaren Zuweisungsverlusten im Steuerverbund von 3,7 Milliarden DM führen. Für die Kommunen bedeutet dies Mindereinnahmen von über zehn Milliarden DM.

Angesichts der schon beschriebenen katastrophalen Finanzlage der Kommunen ist dies eine weitere fatale Verschlechterung. Die Dimension vergrößert sich noch, wenn man dabei die Auswirkungen auf einzelne Städte betrachtet. Allein für den Bereich der Stadt Hannover führen die Einnahmeausfälle bei der Einkommensteuer in den kommenden drei Jahren nach vorsichtigen Schätzungen zu Mindereinnahmen in Höhe von fast 70 Millionen DM. Dazu sind die Ausfälle beim Finanzausgleich zu berücksichtigen, die mindestens weitere 24 Millionen DM ausmachen werden.

Belastungen in dieser Größenordnung stellen eine Stadt, in der die Arbeitslosigkeit und damit zwangsläufig auch die Sozialhilfebelastungen überdurchschnittlich hoch sind, vor kaum lösbare Probleme. Um so mehr gilt dies noch für strukturschwache, in starkem Maße von Landeszuweisungen abhängige Städte, in denen die mittelbaren Zuweisungsverluste sogar die unmittelbaren Steuerausfälle beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer übertreffen können. Erst unter Berücksichtigung auch dieser mittelbaren Zuweisungsverluste wird also die volle Tragweite der geplanten Steuerentlastungen für die städtische Aufgabenerfüllung deutlich.

Präsidium und Hauptausschuß des Deutschen Städtetages hatten sich daher in einer Resolution „Städte an die neue Bundesregierung“ geäußert und dabei die Forderung erneuert, daß die Finanzierungslasten nicht auf die Kommunen abgewälzt werden dürfen und daß bei der Bemessung von Art und Umfang der Steuerentlastungen insbesondere auch den finanziellen Problemen strukturschwacher Städte und Gemeinden Rechnung getragen werden muß. (-/1.7.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**Wichtige Entscheidungen vertagt**

Der Brüsseler Mißerfolg wurde von Bonn verursacht

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums

Obfrau für Europafragen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Europäische Rat in Brüssel ist ein Mißerfolg. Das verfehlte Verhandlungskonzept der Bundesregierung hat dazu geführt, daß alle wichtigen Entscheidungen auf den nächsten Gipfel im Dezember vertagt worden sind.

Offensichtlich hatten Bundeskanzler Kohl und Stoltenberg ihr parteipolitisches Interesse bei der Wahl in Schleswig-Holstein im Auge, aber nicht das Wohl der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft.

Die ungelösten Finanzprobleme vor allem führen dazu, daß die Finanzkrise der Gemeinschaft anhält. Die Bundesregierung hätte gut daran getan, sich die Delors-Vorschläge zu eigen zu machen. Statt dessen werden auch künftig mehr Mittel für eine verfehlte Agrarpolitik ausgegeben.

Die wirtschaftlich schwächeren Länder der EG erhalten auch weiterhin keine zusätzlichen Mittel, um ihre wirtschaftlichen Probleme - zum Beispiel Arbeitslosigkeit - lösen zu können. Dies wird den Abstand zwischen armen und reichen Ländern in der Gemeinschaft noch vergrößern und damit zu einem ernststen Problem für den Zusammenhalt der EG werden.

Was die Bundesregierung als Erfolg feiert, nämlich die Einigung beim Währungsausgleich, führt dazu, daß den kleinen Bauern nicht geholfen wird, da sie am wenigsten von den vorgesehenen Hilfen, zum Beispiel von der Vorsteuerpauschale, haben werden. Die nationalen Subventionen steigen kräftig weiter und belasten letztlich den deutschen Steuerzahler.

(-/1.7.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**Frühkapitalistische Töne eines bayerischen Staatssekretärs**

**Georg von Waldenfels diffamiert das soziale Sicherungssystem**

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

CSU-Politiker sind stets die ersten, wenn zur Attacke auf den sozialen Rechtsstaat geblasen wird und durch eine Politik des Sozialabbaus die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt.

Als eine Provokation für den sozialen Rechtsstaat und als eine zynische Diffamierung des bewährten sozialen Sicherungssystems in der Bundesrepublik ist es zu werten, wenn ein Vertreter der CSU-Staatsregierung, Staatssekretär Georg von Waldenfels, eine Änderung des Arbeits- und Sozialrechts mit den Worten fordert: „Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz und Behindertengesetz sind so einseitig arbeitnehmerfreundlich, daß der normale Arbeitgeber kaum eine Chance hat, den Arbeitnehmer wieder los zu werden.“ Nachzulesen ist dies im „Oberfranken-Kurier“, Nummer 2/1987, unter dem Titel „Bezirksversammlung der AG Mittelstand mit Staatssekretär von Waldenfels: ‚Rückgrat der Volkswirtschaft.‘“

Diese frühkapitalistischen Töne aus dem Munde eines Angehörigen der CSU-Staatsregierung stellen einen erschütternden Rückfall in Denkkategorien dar, die man eigentlich auch bei der sich angeblich christlichen Grundsätzen verpflichteten CSU als längst überwunden voraussetzen sollte.

Während wir Sozialdemokraten der Ausgrenzung und der sozialen Demontage eine sozialstaatliche Konzeption entgegensetzen, die unsere Gestaltungskraft für eine Politik im Interesse der Mehrheit beweist, will die CSU offensichtlich soziale Leistungen spürbar kürzen, Arbeitnehmerrechte abbauen, nur noch für privilegierte Gesellschaftsschichten eintreten und damit sich nicht mehr für das Gesamtwohl aller Bürger verantwortlich fühlen. Die CSU will das Rad der deutschen Sozialgeschichte Stück für Stück zurückdrehen. Der Sozialstaat soll in eine Ellbogengesellschaft verwandelt werden.

Die ungeheuerlichen Äußerungen eines CSU-Kabinettsmitgliedes stellen die Qualifikation und die Glaubwürdigkeit von Staatssekretär von Waldenfels in hochpeinlicher Weise in Frage. In einer Schriftlichen Parlamentsanfrage will ich nun erfahren, ob die bayerische Staatsregierung dessen Auffassung teilt.

(-/1.7.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



Geklonte, hirnlose Kämpfer in der ersten Front...

Eine Warnung vor dem Mißbrauch der Gentechnologie

Von Dr. Ulrich Böhme MdB

Mitglied im Bundestags-Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

In der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause beschäftigte sich der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft mit dem „Bericht der Enquete-Kommission ‚Chancen und Risiken der Gentechnologie‘“ (BT-Drucksache 10/6775). Insgesamt zwölf Ausschüsse befassen sich mit diesem hochbrisanten Thema, wobei der Ausschuß für Forschung und Technologie federführend ist.

Aus wissenschaftlicher Sicht lautet die Hauptfrage an die Ausschußmitglieder der Regierungsparteien: „Welche Rolle spielen Ethik und - ich sage dies bewußt - Moral in Wissenschaft und Forschung?“ Wenn man sich den möglichen Einsatz von Gentechnologie zu militärischen Zwecken vor Augen führt, wird die Tragweite dieser Überlegung bewußt. Ein trauriges Kapitel ist zwar bereits die Existenz von bakteriologischen Waffen; unvorstellbar aber sind die Folgen, wenn verantwortungslose Politiker oder Militärs die Genforschung für ihre Zwecke instrumentalisieren könnten - sei es zur Produktion von geklonten, hirnlosen Kämpfern in der ersten Front, sei es zur Herstellung von verheerend wirkenden Bakterien und Viren, gegen die es keinerlei Impfstoffe gäbe und somit die Bevölkerung ganzer Staaten, wenn nicht sogar die ganze Menschheit, vernichtet werden könnte.

In dem Bericht der Enquete-Kommission fehlt eine eindeutige Stellungnahme zu Gefahren dieser Tragweite, im Gegenteil, es wird bewußt darauf verzichtet, den moralischen Standpunkt zur Geltung kommen zu lassen. Vielmehr wird an folgender Auffassung festgehalten: „Daß die Gesellschaft Forschungsfreiheit gewährt - also die Tätigkeit von Wissenschaftlern keiner direkten Kontrolle unterwirft - geschieht auf dem Hintergrund zweier Annahmen: Erstens, daß Wissenschaft und Forschung selbst keine negativen Folgen haben, und zweitens, daß zwar schädliche Technologien aus wissenschaftlichen Entdeckungen hervorgehen können, die Wissenschaftler aber dafür nicht verantwortlich gemacht werden können.“ (Bericht der Enquete-Kommission, S. 353)

Es ist deshalb der Gesetzgeber gefordert, hier Begrenzungen, ja entschiedene Grenzen zu bestimmen. Sie müssen insbesondere den ökonomischen Aspekt miteinbeziehen. Vor allem die FDP vertritt - auch in Fragen der Verwendung gentechnologischer know hows - ihren liberalistisch-ökonomischen Standpunkt. Es ist alarmierend, daß Forschung und Technologieentwicklung in steigendem Maße von der Privatwirtschaft und nicht von staatlichen und unabhängigen Institutionen betrieben werden. Zahlen des Ausschusses für Forschung und Technologie von 1985/86 bestätigen diesen Trend. „Derzeit sind von circa 380.000 in diesen Bereichen Tätigen 250.000 in der Industrie beschäftigt. Von den rund 50 Milliarden DM, die in der Bundesrepublik jährlich für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, stammen etwa 30 Milliarden DM aus den Budgets der Industrie und 20 Milliarden DM aus den öffentlichen Händen. Etwa 6,1 Milliarden DM der 13 Milliarden DM an Bundesforschungsmitteln gehen direkt an die Industrie.“ (Bericht der Enquete-Kommission, S. 353)



Auch die technologische Forschung verlagert sich zunehmend von den Universitäten und anderen unabhängigen Institutionen auf die industriellen Verwertungsinteressen. Genau hier liegt der Angelpunkt, an dem - sozusagen das zweite Standbein des Ausschusses - die Bildungspolitik, greifen muß. Zwar ist diese vorwiegend Ländersache, aber der Bund muß hier eine Vorreiterrolle bei der Konzipierung eines bildungspolitischen Konzepts in Bezug auf die Gentechnologie einnehmen. Der Bund muß alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, daß die Genforschung unter seiner Kontrolle bleibt. Dies betrifft auch die unbestritten positiven Resultate der Genforschung, beispielsweise die Herstellung von Insulin oder die Bemühungen um die Bekämpfung von Krebs oder AIDS. Alles, was über die gesundheitsfördernden Maßnahmen hinausgeht, was in die menschliche Natur eingreift, was das Wesen des Menschen verändert, was seine Besonderheit aufhebt, muß von vornherein für menschenunwürdig erklärt werden.

Eine entscheidende Rolle für den Schutz des menschlichen Individuums spielt die Schule. Schon hier muß die Sensibilisierung für Eingriffe in die Intimsphäre der Menschen einsetzen. Die Schulen müssen entsprechende Curricula erhalten, in denen ein humanes Menschenbild vermittelt wird. Die Kinder und Jugendlichen müssen einestheils verstärkt über die christlichen, philosophischen, humanistischen und sozial-ethischen Wurzeln unseres Menschenbildes aufgeklärt werden, auf der anderen Seite aber auch Erkenntnisse über die Gefahren der Genmanipulation im Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichts erhalten. Hierzu bedarf es wiederum klarer Richtlinien bei der Lehrerausbildung. Nur auf diese Weise können wir auch für die Zukunft einem Mißbrauch, einer Kommerzialisierung der Genforschung, entgegenwirken. Es gilt den Zusammenhang zu verdeutlichen, daß Wissenschaft - wie dies seit der Entwicklung der Atombombe diskutiert wird - nicht wert- und politikfrei arbeiten kann.

Dies kann nicht von heute auf morgen geschehen. Es müssen zwar so schnell wie mögliche Begrenzungen für die industrielle Verwertung gentechnologischer Forschungsergebnisse gefunden werden, aber die Sensibilisierung unserer Bevölkerung, unserer Kinder und Jugendlichen, ist ein Ziel, das auf lange Sicht verfolgt werden muß. Wir Sozialdemokraten werden dieses, für unser Überleben entscheidende Problem, im Auge behalten.

(-/1.7.1987/vo-he/rs)

\* \* \*

